



## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

*108. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 2. September 2009,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss vertagte seine Beratungen zu den folgenden Vorlagen auf seine nächste Sitzung am 9. September 2009: Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD zur **Neuregelung der Wahl der Landrätinnen und Landräte und zur Einführung eines Verwaltungsausschusses**, Drucksache 16/2766; **Resettlement - Für eine neue Flüchtlingspolitik**, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2594; **Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung**, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/1893; Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über den **Schutz vor genetischen Diskriminierungen in öffentlichen Dienstverhältnissen**, Drucksache 16/2765, und **Beratung und Beschlussfassung über einen Wahlvorschlag für die Präsidentin oder den Präsidenten des Landessozialgerichts** bei dem Schleswig-Holsteinischen Landessozialgericht in Schleswig.

Einstimmig empfahl er dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur **Änderung des Landesverwaltungsgesetzes, des Landesmeldegesetzes und des Landesstatistikgesetzes**, Drucksache 16/2609, mit einer redaktionellen Ergänzung.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung **über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „Einheitlicher Ansprechpartner Schleswig- Holstein“ (Errichtungsgesetz Einheitlicher Ansprechpartner)**, Drucksache 16/2750, empfahl er dem federführenden Finanzausschuss mit einer Änderung bei der Inkrafttretensregelung mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Landesunterkünfte für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/2659, empfahlen die Ausschussmitglieder dem Landtag vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des beteiligten Sozialausschusses einstimmig zur Kenntnisnahme.

Weiter empfahlen sie dem Landtag bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der übrigen Fraktionen die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur **Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs**, Drucksache 16/2754.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfahl der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung über die **Aufhebung des Vollzugsbeschwerdegesetzes**, Drucksache 16/2723, dem Landtag unverändert zur Annahme.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Anpassung des Schleswig-Holsteinischen Landesrechts an das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit**, Drucksache 16/2724, und den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Aufhebung des Fideikommissauflösungsrechts**, Drucksache 16/2725, empfahl der Ausschuss dem Landtag zur unveränderten Annahme.

Der **Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten**, Drucksache 16/2439, wurde vom Ausschuss einstimmig abschließend zur Kenntnis genommen.

Den **Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung**, Drucksache 16/2722, empfahl er dem federführenden Sozialausschuss einstimmig dem Landtag zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung der Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der **Dritte Medienänderungsstaatsvertrag HSH**, Drucksache 16/2745, dem Landtag zur unveränderten Annahme empfohlen.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur **Änderung kammer- und versorgungsrechtlicher Vorschriften**, Drucksache 16/2557, und zum Gesetzentwurf der Landesregierung über den **Vollzug der Untersuchungshaft in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/2726, setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab.

Er nahm in Aussicht, in seiner Sitzung am 9. September 2009 im Wege der Selbstbefassung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz, Drucksache 16/2825, zu beraten.

Schluss: 15:25 Uhr

gez. Dörte Schönfelder